

HAZ

Datum=23.02.2011; Quelle=HAZ; Ressort=WIRT; Seite=299;

Maststall-Boom dank des Bauprivilegs Zweifelhafte Gesetzesauslegung hebt die Steuerungsmöglichkeiten der Kommunen aus / „Politik hinkt Realitäten hinterher“

Hannover. Der jüngste Dioxinskandal ist fast schon wieder vergessen. Und die industrielle Landwirtschaft wächst weiter. Kritiker dieses Systems fürchten daher, dass die mit Millionen Steuergeld subventionierte Expansion der Massentierhaltung ungebremst weitergeht. Schlachtkonzerne wie Wiesenhof oder Rothkötter bauen ihre Kapazitäten unbeirrt aus, um noch mehr Hähnchen- und Putenfilets vor allem für den Export zu produzieren. Dafür brauchen sie Hunderte Landwirte mit immer größeren Ställen, in denen die Tiere im Turbowachstum gemästet werden.

Immerhin hat Niedersachsens neuer Agrarminister angekündigt, den Tierschutz in den Mastställen zu verbessern, etwa dem schmerzhaften Schnabelamputieren bei Hühnern ein Ende zu machen - allerdings mit jahrelangen Übergangsfristen. Gert Lindemann und vor allem Ministerpräsident David McAllister haben erkannt: Wenn die gesellschaftliche Akzeptanz für die Massentierhaltung im „Agrarland Nummer eins“ schwindet, könnte das den Standort schwächen.

Der Widerstand der Bürger wächst. Wo Landwirte Mastställe planen, gründen sich Bürgerinitiativen. Bei vielen Kommunen finden sie Verbündete. Nicht nur in den Hochburgen der Massentierhaltung wie in den Landkreisen Cloppenburg und Vechta oder im Emsland, wo die Nitratbelastung von Boden und Grundwasser aufgrund der intensiven Düngung mit Gülle unerträglich hoch ist. Die Genehmigung neuer Stallbauten wird inzwischen durch schärfere Anforderungen beim Brandschutz und bei der Vermeidung von Gesundheitsgefährdungen durch Keime erschwert.

Auch Regionen, in denen Landwirte erst noch groß in die Puten- oder Hähnchenmast einsteigen wollen, wehren sich gegen eine „agroindustrielle Tierhaltung“. Kommunen wie Springe oder Bad Münder, die Landkreise Göttingen und Peine haben Resolutionen beschlossen, mit denen sie Landes- und Bundesregierung auffordern, durch eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen im Planungsrecht einen „Stallbauboom wie im Emsland“ zu verhindern.

Streitpunkt ist der Paragraph 35 des Baugesetzbuches. Er räumt der Landwirtschaft ein „Privileg“ beim Bau von Ställen im „Außenbereich“ von Gemeinden ein, das heißt, solche Bauvorhaben haben Vorrang bei der Genehmigung. Ursprünglich hatte der Gesetzgeber dabei nicht eine industrielle Massentierhaltung im Auge, sondern er wollte Betriebe mit Tierhaltung schützen, die das Futter überwiegend, mindestens zu 50 Prozent, auf ihren eigenen Flächen erzeugen können, wie der hannoversche Rechtsanwalt und umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Matthias Miersch erklärt.

Um die Veredelungsbranche zu fördern, wurde diese Bestimmung entschärft, wie der stellvertretende Fraktionschef der Grünen im niedersächsischen Landtag, Christian Meyer, sagt. Seit 2007 sei der Flächennachweis nur noch „abstrakt“. Landwirte müssten das Futter nur „theoretisch“ anbauen können, sie könnten es also auch importieren, etwa Sojaschrot, erläutert Meyer.

Entscheidend gefördert wird der Boom bei Mastställen aber durch ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 1983. Die Richter stufte einen damals noch seltenen großen Geflügelmaststall als „privilegiertes“ Vorhaben ein und erlaubten für diesen „absoluten Einzelfall“ den Bau. Da es keine „ausdrückliche gesetzliche Regelung“ gebe, werde der Beschluss von den Genehmigungsbehörden als „Auffangtatbestand“ für gewerblich betriebene Mastställe angewendet, heißt es in einem Gutachten des Baurechtsexperten Prof. Wilhelm Söfker für den Landkreis Emsland. In der Praxis bedeutet das: Agrarfabriken ohne entsprechende Flächen, die laut Söfker wie Industrieanlagen in Gewerbegebiete gehören, gelten baurechtlich genauso als „privilegiert“ wie bäuerliche Betriebe mit eigener Futtererzeugung - und der Bau wird genehmigt.

Wie im Landkreis Peine: Zwischen den Dörfern Alvesse und Üfingen darf ein Landwirt eine Maststallanlage für fast 85 000 Hähnchen dank des Bauprivilegs bauen. Sieben Mal im Jahr werden

dort Hähnchen bis zur Schlachtreife für den größten Schlachthof Europas gemästet, den der Rothkötter-Konzern derzeit in Wietze bei Celle hochzieht, insgesamt fast 600 000 Tiere jährlich, wie Regina Will sagt. Sie ist Sprecherin der „Bürgerinitiative Üfingen-Alvesse gegen die Hähnchenmastanlagen“.

Die Genehmigung konnte die Bürgerinitiative nicht verhindern. Jetzt kämpft sie dafür, dass der Landwirt zumindest Filter einbauen muss, um die Dorfbewohner vor gesundheits- und umweltschädlichen Emissionen zu schützen. Die Filter wären Pflicht, wenn die Anlage als das eingestuft worden wäre, was sie laut Will ist: ein Industriebetrieb.

Die Kommunen müssten dem Stallboom tatenlos zusehen, weil ihre Steuerungsmöglichkeiten durch das Bauprivileg in der Bauplanung ausgehebelt würden, wie SPD-Politiker Miersch erklärt. Der Paragraf 35 müsse dringend geändert werden, damit die Politik nicht weiter „den Realitäten hinterherhinkt“.

„Problemdruck“ sieht man auch beim Niedersächsischen Landkreistag (NLT). Vor allem in „intensiven Viehregionen“ müssten mehr Steuerungsmöglichkeiten für die Kommunen geschaffen werden, fordert NLT-Geschäftsführer Hubert Meyer. Diese Verantwortung könne die Landesregierung nicht auf die Landkreise vor Ort abwälzen. Der NLT habe seine Forderungen der Landesregierung im Detail brieflich dargelegt, sagt Meyer. Die Antwort lässt auf sich warten, „obwohl wir bereits nachgefragt haben“. Große Hoffnungen kann sich der NLT kaum machen. Soeben hat die schwarz-gelbe Landesregierung den Bau des Schlachthofs in Wietze verteidigt - wegen der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Wenn man das Bauprivileg kippen würde, wäre das das Ende der Massentierhaltung, heißt es im Agrarministerium. Ein bisschen mehr Tierschutz ja, aber keine Agrarwende. Das Bauprivileg könnte ohnehin nur der Bundestag aufheben, weil es sich um ein Bundesgesetz handelt. Die Grünen haben einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht, über den am morgigen Donnerstag abgestimmt wird. Am Ergebnis gibt es keinen Zweifel: Solange Schwarz-Gelb die Mehrheit hat, wird das Privileg für Agrarfabriken nicht angetastet.